

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:434461-2014:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Berlin: Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung
2014/S 246-434461**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108
Kontaktstelle(n): Ref. 411
Zu Händen von: Frau Dr. Charlott Meyer
10117 Berlin
DEUTSCHLAND
E-Mail: 411@bmg.bund.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.bmg.bund.de>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Projektträger im DLR
Heinrich-Konen-Str. 1
Zu Händen von: Dr. Annika Putz
53227 Bonn
DEUTSCHLAND
E-Mail: projekttraeger-bmg@dlr.de
Internet-Adresse: <http://www.dlr.de/pt/ausschreibungsunterlagen>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Projektträger im DLR
Heinrich-Konen-Str. 1
Zu Händen von: Dr. Annika Putz
53227 Bonn
DEUTSCHLAND
E-Mail: projekttraeger-bmg@dlr.de

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Entwicklung und Umsetzung einer Fachinformationskampagne zur Aufwertung der Pflegeberufe.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 13: Werbung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Berlin.

NUTS-Code DE300

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

Laufzeit der Rahmenvereinbarung

Laufzeit in Monaten: 6

Geschätzter Gesamtauftragswert über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung

Geschätzter Wert ohne MwSt:

Spanne von 600 000 bis 840 000 EUR

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Der Auftrag umfasst die Ausarbeitung und Umsetzung einer Fachinformationskampagne zur Aufwertung der Pflegeberufe. Ziel der Kampagne ist es, die Pflegeberufe in der öffentlichen Wahrnehmung präsenter zu machen, die Wertschätzung gegenüber Pflegenden und Pflegeberufen zu erhöhen und gezielt das Interesse von Berufseinsteigern, -wechslern und Wiedereinsteigern für die Pflegeberufe zu wecken. Hierbei soll das Konzept des „Magazins Pflegewelten“ zugrunde gelegt und weiterentwickelt werden.

Das im Rahmen des Angebots zu erstellende crossmediale Konzept soll zielgruppenspezifisch geeignete Kommunikationskanäle (z. B. Social Media, Print, Video etc.) und -maßnahmen beschreiben, um den Zulauf in pflegende und betreuende Berufe zu steigern. In Abstimmung mit dem Auftraggeber werden hieraus Elemente zur Umsetzung ausgewählt und vom Auftragnehmer umgesetzt. Die Einhaltung des bestehenden Kommunikationsrahmens (Dachmarkenstrategie des BMG) ist zu beachten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

75131000

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

II.2.2) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Laufzeit in Monaten: 6 (ab Auftragsvergabe)

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Es gelten die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)“ und die „Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen“ (PreisV 30/53). Die wesentlichen Zahlungsbedingungen ergeben sich aus dem Vertrag, der Bestandteil der Vergabeunterlagen ist. Die AGB des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja
Darlegung der besonderen Bedingungen: Das Verfahren wird in besonders straffen zeitlichen Teilabschnitten durchgeführt. Gehen Sie deshalb bitte von einer kurzen Vorbereitungszeit in den jeweiligen Verfahrensschritten aus. Unter Umständen kann es auch an regional bedingten Feiertagen zu Vorstellungs- und Briefinggesprächen beim Auftraggeber kommen. Bei den Terminvorgaben der Vergabestelle wird deshalb wenig Spielraum bestehen.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: —
Kontaktdaten des vertretungsberechtigten Ansprechpartners im weiteren Verfahren (Vordruck I);
— Eigenerklärung „Ausschlusskriterien“ (Vordruck II);
— Eigenerklärung Bietergemeinschaft (Vordruck III);
— Angaben zur Registernummer und Name der registerführenden Behörde (Vordruck VI);
— Eigenerklärung Interessenkonflikte (Vordruck VIII);
— Verpflichtungserklärung Teilleistung durch andere Unternehmen (Vordruck IX).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Finanzangaben zur „wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ (Vordruck IV).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Mindestumsatz als Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit:

Hierzu wird im Vergleichszeitraum der letzten 3 Geschäftsjahre ein bezogen auf den ausgeschriebenen Leistungsgegenstand jährlicher Gesamtumsatz von mindestens 500 000 EUR brutto inkl. evtl. Unterauftragnehmer gefordert.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

— Erklärung zur fachlichen Leistungsfähigkeit (Vordruck V);
— Nachweis der „fachlichen und technischen Leistungsfähigkeit“ (Vordruck VII).

Eignungskriterien:

Für die Bewertung der Referenzen (Nr. 1. und 2.) wird ein Vergleichszeitraum der letzten 5 Jahre zu Grunde gelegt.

1. Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet der Konzeption und Durchführung gesundheits- und sozialpolitischer Kampagnen – insbesondere auf Bundesebene und insbesondere zu Themenbereichen der Pflege (35 %);
2. Erfahrungen in regierungsamtlicher Kommunikation – insbesondere der Bundesverwaltung und vergleichbarer Organisationen (30 %);
3. Vorgeschlagenes Personal für die Ausführung des Auftrags (35 %):
 - a) Berufserfahrung und Ausbildungsgrad; bezogen auf den Auftragsgegenstand in Jahren 20 %,
 - b) Größe und Verfügbarkeit des Teams; Angaben zum Umfang der ausschließlichen Tätigkeit für den Auftraggeber 15 %.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote ja

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

21.1.2015 - 12:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**
Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

Fragen können ausschließlich per E-Mail an den unter Abschnitt I.1) genannten Kontakt bis zum 13.1.2015 gestellt werden. Die Fragen und Antworten werden in anonymisierter Form unter der in Anhang A II) („Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken“) genannten Internetadresse veröffentlicht (einschließlich der Nachweisliste).

Die in Abschnitt III genannten Nachweise I-IX sind ebenfalls unter der in Anhang A I) („Weitere Auskünfte erteilen“) genannten Internetadresse veröffentlicht.

Die Teilnahmeanträge sind schriftlich und unterschrieben in fünffacher Form sowie einfach in elektronischer Form auf Datenträger (CD-ROM oder USB-Stick) in einem verschlossenen Umschlag einzureichen, der nicht unsere Anschrift, sondern nur die Aufschrift „Entwicklung und Umsetzung einer Fachinformationskampagne zur Aufwertung der Pflegeberufe“, z. Hd. Frau Dr. Putz“ und den Vermerk „nicht von der Poststelle zu öffnen“ trägt. Diesen Umschlag versenden Sie bitte innerhalb eines 2. Umschlags an die unter Anhang A III („Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an“) genannte Kontaktadresse.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Villemombler Str. 76

53123 Bonn

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 22894990

Internet-Adresse: <http://www.bundeskartellamt.de>

Fax: +49 2289499163

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Bewerber und Bieter müssen behauptete Vergaberechtsverstöße unverzüglich bei der unter I.1) genannten Vergabestelle rügen, bevor sie einen Nachprüfungsantrag stellen.

Solange kein wirksamer Zuschlag (Vertragsschluss) erteilt ist, kann als Rechtsbehelf ein Nachprüfungsantrag an der unter VI.4.1) genannten Stelle gestellt werden.

Bewerber bzw. Bieter, deren Teilnahmeanträge bzw. Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 101a GWB informiert.

Frist zur Einlegung eines Nachprüfungsantrages bei Nichtabhilfe einer Rüge: 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen. Frist zur Einreichung eines Nachprüfungsantrages nach Bieterinformation (§ 101a GWB): 15 Kalendertage nach Absendung der Information bzw. 10 Kalendertage nach Absendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg. Im Übrigen wird auf die Präklusionsfristen des § 107 Abs. 3 Nr. 1-3 GWB verwiesen.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108
10117 Berlin
DEUTSCHLAND
Internet-Adresse: <http://www.bmg.bund.de>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
17.12.2014